



Ferdinand Karnath

Bundesvorsitzender der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV)

Geschäftssitz der Partei: Landsberger Allee 220, 10367 Berlin

An das

Bundesverfassungsgericht

Schlossbezirk 3

76131 Karlsruhe

Berlin, den 10.12.2013

**Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht
nach Art.93 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. Paragraph 13 Nr. 8a, 90 ff BVerfGG**

Ferdinand Karnath, Bundesvorsitzender, Berlin

Antragsteller

Bevollmaechtigter für das Verfahren
(Bevollmaechtigungen sind beigefuegt)

Ferdinand Karnath

Antragsteller

gegen

die Bundesrepublik Deutschland, Deutscher Bundestag,

die Fraktionen der CDU, CSU und SPD

Antragsgegner

Es wird festzustellen beantragt:

1. Zunaechst, dass es sich bei den in den Koalitionsverhandlungen gegenueber stehenden Beteiligten nur um die durch das amtliche Endergebnis des Bundeswahlleiters vom 18.11.2013 festgestellten Fraktionen und somit nur deren Mitglieder des 18.Deutschen Bundestages handeln durfte und n i c h t, wie in der am 6.12.2013 durch das BVerfG ergangenen Entscheidung: 2 BvQ 55/13 dargelegt, n u r um die politischen Parteien CDU, CSU und SPD handelt.
2. Ferner, dass sich in den Koalitionsverhandlungen nur die oben genannten Fraktionen haetten gegenueberstehen duerfen, um ausschliesslich den aus Art. 20 II GG i. v. m. Art.38 I GG und aus dem anhaengenden gesamten Bundeswahlrecht abgeleiteten Postulat und Auftrag zu entsprechen, umgehend und ohne weiteren zeitlichen Verzug, eine arbeitsfaehige und mehrheitlich genuegende Bundesregierung, als „grosse“ Koalition mittels einvernehmlicher Vereinbarung zu konstituieren, und im Falle eines Scheiterns dieser Verhandlungen, wegen der

bereits fortgeschrittenen Zeit seit der Wahl, unverzüglich Neuwahlen anzuberaumen gewesen wären.

3. Desweiteren, dass sich die oben genannten drei beteiligten Fraktionen, entsprechend der über Art.20 II GG und Art.38 I GG geforderten Spiegelung des Wahlergebnisses, in der verfassungs- und wahlrechtlich zulaessigen Proportion hätten gegenüberstehen müssen, was bei einer Beteiligung der drei Parteien im Verhältnis der vergebenen Sitze nicht der Fall ist.
4. Darüber hinaus, dass durch das verfassungsrechtlich garantierte Wahlziel der Wählerschaft, auf Grundlage der mit dem amtlichen Endergebnis ermittelten Sitzverteilung im Bundestag, umgehend eine Regierung zu konstituieren ist und diese Legitimations- und Kausalkette nicht durch ein zeitverzögerndes, von aussen fremdbestimmt eingebrachtes Element, wie einem Mitgliederentscheid auf Seiten der SPD-Fraktion, verfassungs- und auch wahlwidrig beeinträchtigt wird. Dies gilt massgeblich für den aus diesen beiden Ketten direkt erkennbaren Wahlwillen des Volkes aus Art.21 II GG i. V. m. Art.38 I GG, der sich stringent von der Wahlvorbereitung, über die Stimmenabgabe bis zur endgültigen Sitzverteilung widerspiegeln muss, demnach einen besonderen verfassungsrechtlichen Schutz genießt, der unantastbar ist und bleiben muss und keiner Partei und ihrem politischen Machtstreben zur Disposition gestellt werden darf.
5. Ergänzend, dass die Bundestagswahl in Ihrem Ergebnis bereits die Entscheidung der Wähler darstellt, welche die erforderliche gleichberechtigte Zustimmung oder Ablehnung einer Regierungskoalition beinhaltet, so dass eine einseitige ergänzende Entscheidung, wie im Falle des Mitgliederentscheides der SPD-Fraktion, dieses Wahlervotum ad absurdum führen und eine unzulässige verfassungswidrige Privilegierung eines begrenzten Teiles von Wählern im Land bedeuten würde, die dann eigenständig über den Bestand oder Nichtbestand der bereits durch Vertrag konstituierten Bundesregierung zu entscheiden hätten.
6. Weiterhin, dass der Koalitionsvertrag mit Unterzeichnung durch alle drei Fraktionen bereits rechtswirksam im Sinne des verfassungsgesetzlichen Auftrages aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG geworden ist und sich somit die erfolgreiche Konstituierung einer neuen kommissarischen Bundesregierung bis zur Ernennung der Minister und der Wahl des Bundeskanzlers für den 18.Deutschen Bundestag bestäetigt hat und die aufschiebenden und aufhebenden Bedingungen, die dem Mitgliederentscheid der SPD-Fraktion geschuldet sind, deshalb verfassungswidrig sind.

7. Insbesondere, dass durch die entstandene Rechtskraft der Unterzeichnung, das Handeln der neuen Bundesregierung im Vorstadium ihrer Bestätigung im Bundestag, durch die dazu erforderlichen Rechtsakte, bereits ein beschwerdefähiges hoheitliches Handeln als Exekutivorgan darstellte, als der Mitgliederentscheid durch alle drei Fraktionen einvernehmlich beschlossen wurde.
8. Weiter ergänzend, dass die Einflussnahme der Lobbyisten und Interessenvertretern aus der Wirtschaft im Bereich der Verhandlungen der drei Fraktionen eine verfassungswidrige Beeinflussung der Abgeordneten der einzelnen Fraktionen darstellt, die die Frage aufwirft, in wie weit hier eine bereits erbrachte Gegenleistung Gegenstand und Grundlage der Beeinflussung gewesen sein könnte.
9. Ferner, dass in der Art und Weise der Führung der Koalitionsverhandlungen und insbesondere dem ausserparlamentarischem Vorgehen der SPD-Fraktion und dem Billigen des Mitgliederentscheides der beiden anderen Fraktionen, hier in concreto der CSU/CDU, ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz nach Art.3 I GG und ein Verstoß gegen Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG auf direkte und stringente Umsetzung und Widerspiegelung des Wählerwillens gegeben sind, weil die Koalition der Zusammenführung von im Bundestag existierenden Fraktionen dient und nicht der Zusammenführung von Parteien und deshalb das Auslagern einer jeglichen Entscheidung zur fraktionsübergreifenden Übereinkunft aus dem Bundestag in die Entscheidungsbefugnis von nicht gewählten Mitgliedern des Bundestages einen gravierenden Verstoß gegen das Demokratiegebot aus den oben genannten Vorschriften des GG darstellt.
10. Dass dieses Gericht die eingereichte Verfassungsbeschwerde, wegen der allgemeinen Bedeutung, und, weil der Beschwerdeführerin ein schwerer und unabwendbarer Nachteil ins Haus stünde, gemäss Paragraph 90 Abs.2, Satz 2 BVerfGG nicht auf den ordentlichen Rechtsweg verweist, sondern im Rahmen eines vorgezogenen Eilverfahrens prüft.
11. Unterstellt, die Rechtsverletzungen wurden durch das erkennende Gericht bejaht, wird um eine umgehende gerichtliche Anordnung ersucht, den bestehenden Koalitionsvertrag auf Grund des ausserparlamentarischen Mitgliederentscheides als verfassungswidrig und damit nichtig zu erklären und umgehend Neuwahlen anzuordnen.
12. Sollte diese Beschwerde der Partei „DNV“ aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, **wird hilfsweise** um eine Anerkennung als Jedermann-Verfassungsbeschwerde zu Gunsten des einreichenden Bevollmächtigten der Partei „DNV“, Ferdinand Karnath, ersucht.

**I. Zulaessigkeit und II. Begruendetheit
der (Eil-)Verfassungsbeschwerde
gegen den Koalitionsvertrag mit einseitigem Mitgliederentscheid**

Art.93 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. Paragraph 13 Nr. 8a, 90 ff BVerfGG

I. Zulaessigkeit

Sachverhalt zur Zulaessigkeit

a) Antraege

Am 22.09.2013 hat das deutsche Volk bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Sinne des Art.20 II GG i. V. m. Art. 38 I GG mit einer Wahlbeteiligung von 71,5%, die SPD mit 29,4%, die CSU mit 8,1% und die CDU mit 37,2% in den 18.Deutschen Bundestag gewaehlt. Die Sitzverteilung im Bundestag zu Gunsten der drei vorgenannten Parteien, als Spiegelbild der abgegebenen gueltigen Waehlerstimmen, gemaess Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG, ergibt insgesamt 255 Sitze für die Fraktion der CDU, 56 Sitze für die Fraktion der CSU und 193 Sitze für die Fraktion der SPD.

Nach den Sondierungsgespraechen der CDU/CSU mit allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien, ist man am 20.10.2013 zu dem Ergebnis gelangt, eine grosse Koalition aus SPD und CDU/CSU bilden zu wollen. Zu diesem Zweck wurden sogenannte Koalitionsverhandlungen gefuehrt und am Ende der Verhandlungen auch ein 186 Seiten umfassender Koalitionsvertrag geschlossen und unterzeichnet, siehe hier:

www.spiegel.de/media/media-32776.pdf

dessen endgueltige „Genehmigung“ und somit sein Inkrafttreten jedoch ausschliesslich von einem Mitgliedervotum der Koalitionspartei „SPD“ abhaengig gemacht wird, welches am 15.12.2013 ausgezaehlt und bei ueber 20% der abgegebenen Stimmen auch werthaltig für eine Verwendung ist:

www.spd.de/linkableblob/112160/data/20131118_faq_mitgliedervotum.pdf

Das vorstehende „Mitgliedervotum“, nur durch die Partei „SPD“, hat bereits zu kontroversen Auseinandersetzungen quer durch die ganze Republik gefuehrt und auch bedingt, dass es erste Verfassungsbeschwerden mit Eilantrag dagegen gab, siehe beispielhaft hier:

www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/qk20131206_2bvq005513.html

Die Beschwerdefuehrerin dieser nun eingereichten Eilverfassungsbeschwerde, sieht in dem Mitgliedervotum, aber auch im Koalitionsvertrag selbst, schwerwiegende Verstoesse gegen das geltende Verfassungsrecht und das objektive Wahlrecht begruendet, weshalb wir uns mit nachfolgenden Antraegen schuttsuchend an das BVerfG wenden:

b) Antragsberechtigung

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) erachtet sich als Antragsberechtigte im Sinne des Art.93 Abs. 1 Nr. 4a i. V. m. Paragraph 13 Nr. 8a, 90 ff BVerfGG, weil sie unabhaengig von Ihrem Status nach Art.21 GG, wie „Jedermann“ das Recht auf Gleichbehandlung nach Art.3 Abs. 1 und 2 GG und das Recht nach Art.20 II GG i. V. m. Art. 38 I GG auf Respektierung des Wahlergebnisses und einer stringenten Spiegelung desselben als Konsequenz aus der durch vorstehende Normen des GG aufgebauten Legitimations- und Kausalkette hat und die oben angefuehrten Rechtsverletzungen ruegen möchte.

c) Verfahrensaehigkeit

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) erachtet sich als juristische Person in Form eines nicht rechtsfähigen Vereins als grundrechtsmündig und trägt die Beschwerde beim zuständigen Gericht durch seinen ausdrücklich dazu bevollmächtigten Bundesvorsitzenden vor.

d) Beschwerdegegenstand

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) behauptet die Verletzung des Grundrechtes aus Art.3 Abs. 1 und 2 GG und die Verletzung des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.20 II i. V. m. Art.38 I GG durch die öffentliche Gewalt in seiner Ausprägung als Bundestagsfraktionen der Parteien SPD, CDU und CSU. In diesem Fall ist der taugliche Angriffsgegenstand der beschwerdeführenden Partei ein grundrechtsverletzendes Tun der vollziehenden Gewalt. In der in Rede stehenden Auseinandersetzung handelt es sich bei der Vertragsschließung zur Koalition der oben genannten Parteien um den zweckgebundenen Auftrag aus dem Grundgesetz zur erforderlichen Regierungsbildung, als einen Akt deutscher staatlicher Gewalt in Form von Bundesstaatsgewalt. In jedem Fall, sofern die Verhandlung an sich nicht als hoheitliches Exekutivhandeln angesehen werden sollte, stellt der Vertragsschluss bereits die konstitutive Bildung der neuen Bundesregierung dar, zu der lediglich die Ernennung der Minister und der Kanzlerin fehlt. Die dem Koalitionsvertrag eingefügte aufschiebende und auflösende Bedingung des einseitigen und natürlich zeitlich verzögernden Mitgliederentscheides der Partei - SPD, stellt in jedem Fall bereits ein kommissarisches Bundesregierungshandeln der neuen Bundesregierung dar.

e) Beschwerdebefugnis

1. Ruegefähige Rechte

Diese von der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) hiermit erhobene (Eil-) Verfassungsbeschwerde dient dem Schutz des ihr zustehenden Grundrechtes aus Art.3 Abs.1 und 2 GG und des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.20 II i. V. m. Art.38 I GG.

2. Moeglichkeit einer Rechtsverletzung

Im obigen Sachverhalt zur Zulaessigkeit hat die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) das Verletztsein der ihr zustehenden Rechte aus Art.3 und Art 20 i. V. m. 38 GG plausibel dargelegt. Die angezeigten und mit dieser Verfassungsbeschwerde angegriffenen Verhalten mit Rechtsverletzungen des Verfassungsgesetzes „Grundgesetz“ erzeugen eine für die Partei, welche erst relativ neu ist und dem Grundgesetz und seinem Demokratiedanken nach dem PartG in besonderem Masse unterworfen ist, mitunter verheerende Aussenwirkung und spricht darueber hinaus auch explizit einen grundrechtsrelevanten Regelungsgehalt an.

3. Betroffenheit

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) ist durch den Vertragsschluss und das als aufschiebende und auflösende Bedingung enthaltene Mitgliedervotum in Form der direkten Auswirkungen zu ihren Ungunsten als Grundrechtstraeger selbst betroffen. Es wird, siehe oben, ein eigenes zustehendes Recht geltend gemacht. Das bundeshoheitliche Handeln der drei Fraktionen des Bundestages greift mit seinem Regelungsgehalt auch in ihre Grundrechte direkt ein und die Entscheidung zu Gunsten eines Mitgliedervotums bedingt, dass die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) auch direkter Adressat der angegriffenen Regelung ist.

Aus dem vorher Genannten, resultiert auch der Umstand, dass die Rechtsbeeinträchtigung durch die drei Fraktionen, die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) unmittelbar betreffen, denn es sind keine weiteren Zwischenakte mehr zu erwarten.

5. Erschoepfung des Rechtsweges/Subsidiaritaet

Die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) betrachtet die hiermit eingereichte Eilbeschwerde beim BVerfG gegen den Koalitionsvertrag mit verfassungswidrigem Mitgliederentscheid als alleine zielfuehrend und auch wirksam, die eingetretenen Rechtsverletzungen abzustellen und den bisher erlittenen Grundrechtsschaden zu kompensieren. Sie betrachtet die Angelegenheit desweiteren als nicht nur von allgemeiner Bedeutung, insbesondere fuer andere kleinere Parteien und die Waehlerschaft im Gesamten und erachtet eine moegliche Rechtswegerschoepfung als nicht zumutbar, angesichts des sehr kleinen Zeitfensters bis zur endgueltigen Auszaehlung des Mitgliederentscheides der SPD zum Wohl oder Wehe der Nation durch Ablehnung oder Annahme des Vertrages, der nur den drei Fraktionen zur Disposition steht, aber eben nicht den dahinter stehenden Parteien ausserhalb des Parlamentsbetriebes. Aus diesem Grund erbittet sie direkten Rechtsschutz durch das BVerfG.

6. Frist

Die bereits ergangene Entscheidung des BVerfGes vom 6.12.2013 zur Ablehnung der Eilverfassungsbeschwerde eines anderen Beschwerdefuehrers ist der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) hinreichend bekannt. Auch wenn die vorangegangene Beschwerde schon im Rahmen der Zulaessigkeit in Ermangelung eines Beschwerdegegenstandes beim BVerfG abgelehnt wurde und der Beschwerde somit nicht abgeholfen werden konnte, weil diese noch nicht einmal zur Entscheidung angenommen wurde, so ist der Beschwerdegrund dieser (Eil-)Verfassungsbeschwerde klar voneinander abweichend. Diese Beschwerde ist deshalb noch in der 1 - Monatsfrist zum oben genannten hoheitlichen Akt befindlich.

7. Rechtsschutzbeduerfnis

Die mit dieser Beschwer angegriffene Vertragsschliessung ist wegen des noch ausstehenden Ergebnisses der Auszaehlung zum Mitgliederentscheid eine weiterhin andauernde Rechtsverletzung zum Nachteil der Beschwerdefuehrerin verursachend. In so fern konstatiert die Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) deshalb ein Fortbestehen eines ihr zustehenden Rechtsschutzbeduerfnisses.

II. Begründetheit

Sachverhalt zur Begründetheit

Diese (Eil-)Verfassungsbeschwerde der Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV), im Bereich der Begründetheit, zielt in concreto auf den Vertragsschluss zur Koalitionsbildung, die vorangegangenen Verhandlungen und die eingefügte Bedingung des Mitgliederentscheides in Berlin ab.

Begründet wird nachfolgend, warum die Beschwerdeführerin davon ausgeht, dass der vorgenannte Beschwerdegegenstand ursächlich für die oben angegebenen bestehenden Rechtsverletzungen zu ihren Ungunsten ist.

Dazu bedient sich die Beschwerdeführerin der ihr uneingeschränkt zustehenden Deutungshoheit des hier geltenden und anwendbaren Rechtes.

1. Bewertung der Rechtswirkung der Verhandlungen der drei Fraktionen zum Zwecke der Bildung einer Regierungskoalition auf Vertragsgrundlage (Innenverhältnis)

Die Bürgerinnen und Bürger haben am 22.9.2013 den neuen 18. Deutschen Bundestag in der Verteilung der Sitze gewählt, wie diese ihre Stimmen abgegeben haben und durch Auszählung und Bekanntgabe durch den Bundeswahlleiter festgestellt wurden:

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/

Laut dem verfassungsgesetzlichen Auftrag aus dem Grundgesetz, gemäss Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG, unter Einbeziehung des gesamten formenstrengen Wahlrechtes aus dem Bundeswahlgesetz, der Bundeswahlordnung und weiterer Rechtsvorschriften, hat sich das Wahlergebnis 1:1 im Bundestag widerzuspiegeln, da das deutsche Volk sich ueber die Wahl zum Deutschen Bundestag i h r e Vertreter aus dem Volk in den Bundestag waehlen, von denen Sie sich den groesstmoeeglichen Erfolg bei der Umsetzung des Volkswillens versprechen. Demnach muss die sich aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG ableitende Legitimations- und Kausalkette zu jeder Zeit stringent und zuverlaessig aufrecht erhalten und auch im besonderen Masse vor Nichtbeachtung von aussen geschuetzt werden. Dieser, sich doppelt ueberlagernden Kette aus Legitimation und Kausalitaet, liegt auch der verfassungsgesetzliche Auftrag zu Grunde, dass die sich im Bundestag durch das Waehlervotum abbildenden Fraktionen umgehend um eine Regierungsbildung bemuehen. Dieser Auftrag obliegt demnach nicht in erster Linie den ausserhalb des Bundestages befindlichen Parteien, denen die Mitglieder der nun neu bestehenden Fraktionen angehoren, sondern den Fraktionen selbst und absolut originaer.

Auf den vorliegenden Fall abgestimmt, hier der Bildung des aktuellen 18.Deutschen Bundestages, haette in einem ersten Schritt die Konstituierung aller in den Bundestag gewaehlten Fraktionen, der bei der Wahl erfolgreich gewesenen Parteien, vorgenommen werden muessen. Diesem verfassungsgesetzlichen Erfordernis, als Ausfluss des Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG, ist aber nicht umgehend nachgekommen worden. Diese anfaengliche Nachlaessigkeit in Bezug auf die erforderliche Sorge um eine verfassungsmaessige „Ordnung“ im woertlichen Sinne, ist nach Ansicht der Beschwerdefuehrerin mittlerweile durch die im Bundestag seit Jahrzehnten etablierten Altparteien einem verfassungsrechtlich nicht legitimierten Gewohnheitsrecht gewichen.

Die etablierten Altparteien uebernehmen im Falle der sich ergebenden Notwendigkeit der Koalitionsbildung für die Begrueundung einer Bundesregierung absolut selbstherrlich und arrogant, also dem Verfassungsgesetz „Grundgesetz“ gegenueber voellig ruecksichtslos und zuwiderlaufend, ungefragt die originaere Aufgabe der sich zu bildenden Fraktionen ihrer Partei. Ungefragt deshalb, weil das Votum des Waehlers und der damit ausschliesslich an die Fraktionen erteilte Auftrag aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG, einfach uebergangen wird. Die vorgenannten Vorschriften aus dem Grundgesetz fordern aber nach der Auslegung durch das BVerfG ausdruecklich eine Stringenz bei der Umsetzung und Durchsetzung der Pflicht zur Spiegelung des Waehlerwillens im

Verhaeltnis von 1:1 in allen Bereichen des Deutschen Bundestages und schliessen somit auch die Fraktionen und ihren Handlungsauftrag als Bestandteil des Bundestages ein.

Abgestellt auf die durchgefuehrten Koalitionverhandlungen, kann im Ergebnis festgestellt werden, dass der Verhandlungsfuehrer der Fraktion der SPD, ein Herr

Sigmar Gabriel

ist.

In Anlehnung an die obigen Ausfuehrungen muss an dieser Stelle folgende wichtige Frage erlaubt sein:

„Welche Person wurde waehrend der ganzen Bundestagswahl als „die“ Person der Fuehrungsposition in der SPD durch die Waehler gewaehlt?“

Soweit die Beschwerdefuehrerin in Erinnerung hat, handelte es sich dabei namentlich um einen Herrn

Peer Steinbrueck,

der ausweislich der Angaben des Bundeswahlleiters, siehe hier:

www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/gewaehlte/partei/gewaehlte_partei_1.html

unter laufender Nummer 171 sogar erfolgreich in den Bundestag gewaehlt wurde.

Wollte man nun stringent bleiben und zuverlaessig am Grundgesetz orientiert Art.20 II i. V. m. Art.38 I GG umsetzen, will heissen, das Wahlergebnis muss sich 1:1 im Bundestag widerspiegeln, ist fraglich, ob dies nur auf die reine Sitzverteilung beschraenkt ist oder die sich zu bildenden Fraktionen von Anfang an mit einbezieht.

Die Beschwerdefuehrerin vertritt diesbezuglich die Ansicht, dass die Waehler Herrn Steinbrueck als „Zielobjekt“ ihrer stimmenrechtlichen Wahlaussage angesehen haben, als sie ihre Stimmen für diese Person und damit fuer die SPD abgegeben haben. Insofern widerspricht es dem Umfang und der Auspraegung des Wahlspiegelbildes unstreitig, wenn die in die Koalitionsverhandlungen mit der CSU/CDU- Fraktion eintretende Fraktion der SPD, ueberraschend von einer anderen Person, als eben Herrn Steinbrueck, den man zu recht erwartet hatte, angefuehrt wird.

Die Beschwerdefuehrerin erblickt im Vorgehen der SPD eine Bestimmung der SPD-Fraktion durch die eigene Parteifuehrung von aussen nach innen in den Bundestag in einer Weise, die ueber das ihr zustehende „Hineinwirken“ in das Parlament, im Rahmen ihres „Quasiverfassungsranges“ nach Art.21 GG, tatsaechlich zugestanden wird und hinausgeht. Die Verhandlungsfuehrung haette, wie im Falle der ansehnlichen Repraesentation der Fraktionen durch die CDU/CSU, durch Frau Merkel und Herrn Seehofer auch aufgezeigt, nur durch Herrn Steinbrueck und n i c h t durch Herrn Gabriel erfolgen duerfen.

Auch wenn es sich beim Wahlergebnis der SPD um ein sehr schlechtes Ergebnis der Partei zur Bundestagswahl handelte, darf sich eine durch Herrn Gabriel parteipolitisch ausgefuehrte und innerhalb der Partei machtpolitisch motivierte Entmachtung und Abstrafung eines Herrn Steinbrueck, als das ausgewaehlte stringente Wahlziel der SPD-Waehler, n i c h t auf die verfassungsgesetzlich geschuetzte Ergebnisspiegelung auswirken. Der parteipolitische Zugriff des aktuellen Koalitionsfuehrers der Partei – SPD, Herrn Sigmar Gabriel, auf das durchgehend Herrn Steinbrueck zustehende Amt des Verhandlungsfuehrers der erforderlichen Koalitionsverhandlungen ist deshalb als ein klarer Verfassungsverstoss gegen Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG anzusehen.

Der partei- und machtpolitisch ernannte „Fuehrer“ der SPD-Fraktion, Herr Gabriel, ist im Rahmen der Koalitionsverhandlungen jedoch auch noch auf andere Art und Weise nachweislich verfassungsgesetzlich negativ in Erscheinung getreten.

Im Kern werden nach den obigen Feststellungen der Intention des Art.20 II GG i. v. m. 38 I GG die Koalitionsverhandlungen somit federfuehrend nur von den Fraktionen im Deutschen Bundestag gefuehrt, die koalitionsbedingt dafuer auch in Betracht kommen. Das Uebertragen dieser Verhandlungen und auch die dazu gehoerenden Entscheidungen weitestgehend auf Orte und Gremien ausserhalb des Bundestages, halten wir als Beschwerdefuehrerin für verfassungsrechtlich sehr bedenklich. Im Grunde genommen ergibt das Bild der bisher stattgefundenen Koalitionsverhandlungen, zwischen der CDU, CSU und SPD als Partei und nicht als Fraktion, fuer einen Neuling wie der Beschwerdefuehrerin, den Eindruck einer „sozialistischen Raeterepublik durch die Hintertuer“. Sie erinnert an dieser Stelle das BVerfG daran, dass es diese Versuche seitens der SPD bereits unter der Federfuehrung eines Kanzlers Schroeder gab, dessen eigenes politisches Handeln in Bezug auf das geltende Verfassungsrecht wiederholt mehr als grenzwidrig war und etliche Ermahnungen bedingte.

Bei dem jetzt von Herrn Gabriel angeordneten „Mitgliederentscheid“ wird ja nicht eine originaer nur der Fraktion zustehende Abstimmungsbefugnis zur Koalitionsbildung per Vertrag aus dem Bundestag als Arbeitsraum der Fraktion herausgetragen, sondern auch die Abstimmung auf eine Gruppe von Leuten uebertragen, die auf die Mitglieder der SPD als Partei beschraenkt sind – dem „Mitgliederrat“. Dieses ausserparlamentarische Gremium bekommt nun die Befugnis, ueber das Wohl und Wehe der Nation, naemlich den Fortbestand oder den Untergang der gerade konstituierten Bundesregierung zu befinden. D a s ist entgegen den Vorschriften aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG definitiv unzuessaessig, ja sogar verfassungswidrig. Die Beschwerdefuehrerin sieht darin sogar einen vorsaeztlichen Fall des Versuches der Beschaeedigung der verfassungsmaessigen Ordnung in Form eines Angriffes im Sinne des Widerstandsrechtes nach Art.20 IV GG.

Die ausdrueckliche Duldung durch die Koalitionspartner CDU und CSU machen diesen Verfassungsverstoss sogar noch schwerwiegender, da es sich um zwei Parteien handelt, deren gegenwaertige politische Auspraegung bereits auch sozialistische Zuege aufweist.

Im Zuge der Verhandlungen hat der Fuehrer der Fraktion der SPD, Herr Gabriel, es sich zu Nutze gemacht, die auf eine fast auf Arbeitsuntauglichkeit zusammengeschrumpfte Opposition aus der Partei „Die Linke“ und „Die Gruenen“ erpressbar zu machen, in dem er diesen bis (spaaetestens) 2017 eine Regierungsbeteiligung angeboten hat.

Die Verkuendung einer solchen Option in dieser Weise ist im Zuge der Koalitionsverhandlungen gemaess dem Wahlerauftrag aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG gar nicht zulaessig, weil dadurch nicht nur die Opposition für den Waehler entwertet wird, sondern diese Option schon vor dem Ablauf der Legislaturperiode der neuen Koalition konkret werden koennte. Die Beschwerdefuehrerin unterstellt deshalb der Partei „SPD“ die gegenwaertig beschlossene Koalition nur als Mittel zum Zweck verwenden zu wollen, nicht jedoch damit dem Willen des Waehlers auf Bildung einer mehrheitsfaehigen und für eine Legislaturperiode tragfaehigen Regierung zu entsprechen. Hier stehen unstreitig in erster Reihe reine partei- und machtpolitische Gruende, die ausschliesslich in der Person des Koalitionsverhandlungsfuehrers selbst liegen und nicht das politische Wohl der deutschen Nation als Waehlerschaft.

Im Koalitionsvertrag findet sich bezeichnender Weise auch keine Regelung in Form einer die Fraktionen bindenden Vertragsklausel oder gar Sanktionsklausel, dass es ausdruecklich untersagt wird, zum Nachteil der Koalition, rein aus machtpolitischen Motiven heraus, diese sogar vorzeitig beenden zu wollen. Im Falle des politischen Vorgehens eines Herrn Gabriel besteht keine politische Planungssicherheit, weil die Waehler von einer anstehenden Taeuschung ausgehen muessen, wenn sich die medialen Umfrageergebnisse der Meinungsinstitute zu Gunsten einer politisch dunkelrot/rot/gruenen Alternativkoalition veraendern wuerden.

D a s aber kann kein verfassungsgesetzliches Ziel einer neu entstehenden Koalition sein. Die Beschwerdefuehrerin unterstellt dem Fuehrer der SPD-Fraktion hier unstreitig unlautere Absichten zum Nachteil der CDU/CSU-Waehler und allen anderen, die nicht die anderen drei Parteien des Bundestages gewaehlt haben. Nach den Ausfuehrungen der

bekannten politischen Magazine in Deutschland, insbesondere aber dem politischen Magazin „Der Spiegel“, siehe dazu Seite 20 ff. der Ausgabe Nr.49 vom 2.12.2013, unter dem Titel „Hasenherzen“, ist man der Ansicht, dass Herr Gabriel nicht beabsichtigt, den aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG abzuleitenden Volkswillen umzusetzen, sondern konkret das Amt des Bundeskanzlers schnellstmöglich zu erlangen, ins Auge gefasst hat.

Der Mitgliederentscheid ist ein weiterer vorsatzlicher Verfassungsgesetzverstoss des Verhandlungsfuehrers der SPD-Fraktion zu seinen Gunsten, da er damit lediglich einen bevorstehenden parteiinternen Putsch gegen sich zu verhindern versucht. Hier geht es im Vordergrund gar nicht um „mehr Demokratie“, sondern des sich Absicherns mittels der Zustimmung zum Koalitionsvertrag durch die mit „Ja“ stimmenden Mitglieder der SPD. Hier wird unstreitig ein Rechtsmissbrauch unter dem Denkmantel der Demokratie aus dem Grundgesetz, durch Herrn Gabriel, aus machtpolitischen parteiintern anzuesiedelnden Interessen getaetigt. Dies ist in concreto an mehreren tragfaehigen Gruenden festzumachen:

1. Der Koalitionsvertrag ist nicht vollstaendig, in dem den SPD-Mitgliedern vorenthalten wird, welchem Regierungskabinet sie am Ende ihre Zustimmung geben, denn die Ministerposten sind ausgespart worden, angeblich um Personaldebatten auszuschliessen.
2. Ferner soll es bereits bis zu sechs weitere geheime Abkommen geben, die den Mitgliedern vorenthalten werden.
3. Die Mitglieder der SPD werden, sogar als Nichtdeutsche, und mit nur 0,6% Anteil an der Gesamtwahlerschaft, gegenueber allen anderen Waehlern, besonders privilegiert, denn sie koennen mit ihrem Votum sogar die CDU/CSU ueberstimmen, wie auch die anderen Waehler an sich, die ja schon konkludent einer Koalition zugestimmt haben, als sie ihre Stimme abgaben.
4. Desweiteren bestimmen nicht mehr die nach den Vorschriften aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG resultierenden Fraktionen den Fortbestand oder den Untergang einer bereits gewaehlten und mit Vertrag beschlossenen neuen Bundesregierung, sondern ein rein ausserparlamentarisches Instrument, dem auf Grund der vorgenannten Fakten schon im Vorfeld jegliche verfassungsrechtliche Legitimation und Bestandsfaehigkeit abgesprochen werden muss.
5. Die Art, wie sich die Partei „SPD“ anmasst, selbst darueber befinden zu koennen, welches Instrument der Entscheidungsfindung sie einsetzt, ist bezeichnend fuer die

Aushöhlung des verfassungsrechtlich garantierten Grundsatzes aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG, dass „alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht“.

Das BVerfG ist angehalten, diesem verfassungswidrigen Vorgehen der Partei „SPD“ und den rechtswidrigen „Dulden“ dieses Vorgehens aus der Partei „CDU“ und „CSU“ umgehend und ganz energisch entgegenzutreten, um weiteren Schaden an der bundesdeutschen Demokratie zu verhindern.

1. 2. Bewertung der Rechtswirkung der Verhandlungen der drei Fraktionen zum Zwecke der Bildung einer Regierungskoalition auf Vertragsgrundlage (Aussennverhältnis)

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Magazins „Der Spiegel“ zum bisherigen Verlauf der Koalitionsverhandlungen, ist nun auch die Entstehung des koalitionsvertrages an sich verfassungsrechtlich einer Prüfung zu unterziehen. Der berechtigte Anlass dafür ist die nachgewiesene direkte und indirekte Einwirkung von Wirtschaftsvertretern und Interessenverbänden auf die Koalitionsoffiziere in der Form, dass diese bestimmte, meist schon vorformulierte Forderungen in den Koalitionsvertrag hineinzuschreiben hatten.

Die Regierungsbildung obliegt, wie die Beschwerdeführerin bereits ausgeführt hatte, ausschliesslich den daran zu beteiligenden Fraktionen des Deutschen Bundestages und nicht den Parteien und den hinter ihr stehenden Organisationen, aus denen die Abgeordneten stammen, die die Fraktionen besetzen. Alle in den in Rede stehenden koalitionsbildenden Fraktionen befindlichen Mitglieder sind laut Art.38 I GG *nur* ihrem Gewissen unterworfen und an Weisungen *nicht* gebunden – sogenanntes freies Abgeordnetenmandat. Die durchgehend anhaltenden massiven Einwirkungen der Lobbyisten und Interessenvertreter, wie in den Ausführungen des Magazins „Der Spiegel“ verifizierbar dargelegt, entwertet dieses vorstehende Mandat und bedingt eine Einwirkung von aussen nach innen in den Parlamentsbetrieb und in die Autonomie der Fraktionen, die unstreitig verfassungswidrig ist. Hier wird das Recht der Parteien, in den Bundestag hineinzuwirken, nicht nur weit überdehnt, sondern sogar völlig unzulässig ausgeübt.

Die Beschwerdefuehrerin verfolgt auch bestimmte Interessen und sieht sich hier in ihrem Grundsatz auf Gleichbehandlung nach Art.3 I GG verletzt, weil sie ihre Interessen nicht ebenfalls in den Koalitionsvertrag hineinschreiben konnte, denn es kann keinen Unterschied machen, wer an die Koalitionäre von aussen herantritt und etwas fordert, weil es dazu keine abschliessende Regelung gibt.

Den Ausführungen des Magazins „Der Spiegel“ zufolge, wurde teilweise das Eintragen bestimmter politischer und wirtschaftlicher Forderungen in den Koalitionsvertrag, zum Teil wie vorformuliert 1:1 uebertragen, also geradezu „erzwungen“, so dass die Frage im Raum steht, auf welcher Grundlage Interessenvertreter von ausserhalb des Bundestages dermassen ihre Forderungen gegenueber den involvierten Fraktionen durchsetzen konnten. Welche verfassungswidrigen und sicherlich strafrechtlich relevanten Vorleistungen haben die Parteien, die an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Fraktionen, von den in Rede stehenden Interessenvertretern aus der Wirtschaft und der Lobby und den Sozialverbaenden und Gewerkschaften erhalten, auf dass eine derartige Ausgestaltung und Beeinflussung des Koalitionsvertrages durch Dritte möglich wurde?

Die Beschwerdefuehrerin, als neue Wahlalternative der bundesdeutschen Waehlerschaft, verwehrt sich dagegen, dass ihr Recht auf Spiegelung des realistischen Wahlergebnisses durch eine derartige Beeinflussung entstellt wird und sie sich in Zukunft selbst derartigen verfassungswidrigen Handlungsweisen unterwerfen muesste, um parlamentarisch ueberhaupt wirken zu koennen. Hier existieren gegenwaertig Regeln und Handlungsvorgaben, die schlicht und ergreifend verfassungswidrig sind und nachweisen, dass das Grundgesetz mit seinen Vorgaben aus dem Demokratiegebot, insbesondere durch die etablierten politischen Parteien, bereits massiv missbraucht wird.

In der Aussenwirkung des Vorgehens der oben genannten Koalitionspartner als Parteien, verhaelt es sich so, dass die Rechtsverletzungen sich dahingehend entaeussern, dass nun mindestens ein Grundrecht und wenigstens ein grundrechtsgleiches Recht aus dem Grundgesetz, auf das sich die Beschwerdefuehrerin berufen kann, tangiert wird.

Hinsichtlich des Mitgliedervotums kann dieses wegen der Tragweite der Entscheidung, Zulassung bzw. Nichtzulassung der ermittelten neuen Bundesregierung, n i c h t auf die

„SPD“ als Partei beschränkt sein. Neben der SPD müssten zumindest auch die beiden anderen Koalitionsparteien mittels eines Mitgliederentscheides wählen dürfen, ob sie dem Vertrag zustimmen oder nicht.

Die Beschwerdeführerin sieht aber allein schon in der Annahme der Partei „SPD“, ein derartiges Mitgliedervotum überhaupt einzuführen und auch umzusetzen, eine Missachtung ihres Beteiligungs- und Zustimmungsrechtes. Sie vertritt die Ansicht, dass die Partei „SPD“ sich erst einmal eine Rückversicherung bei allen anderen Parteien, die an der Bundestagswahl in irgendeiner Weise beteiligt waren, hätte einholen müssen, denn das Ergebnis einer verfassungsrechtlich unbedenklichen Koalitionsverhandlung, die an normalen Gründen gescheitert wäre, hätte zu Neuwahlen geführt, die der Beschwerdeführerin eine erneute Beteiligung eröffnet hätte. Diese Möglichkeit wird durch die Einbeziehung einer weiteren Instanz zum Nachteil der Beschwerdeführerin erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Die Beschwerdeführerin hat durch die Zulassung zur Bundestagswahl bereits den Status einer wahlvorschlagsberechtigten Partei erlangt, ist somit ein Bestandteil der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag und über Art. 20 II GG i. V. m. Art. 38 I GG in dieser Position geschützt. Desweiteren hätte vorher angefragt werden müssen, ob das ausgeübte Wahlervotum der klar überschaubaren Mitglieder der Beschwerdeführerin einfach durch Überlagerung entwertet werden darf. Ferner stellt das Mitgliedervotum auch eine Ungleichbehandlung der Beschwerdeführerin dar, denn diese hätte vor der Ausübung gefragt werden müssen, ob sie dieses Votum überhaupt als neues, angeblich demokratisches Stilmittel für die Zukunft mittragen würde. Befragt wurden indessen nur die CDU und CSU.

3. Gesamtergebnis der Begründetheit

Im Ergebnis der vorliegenden Begründung unserer Verfassungsbeschwerde als beschwerdeführende Partei „Deutsche Nationalversammlung (DNV)“, ist darauf abzustellen, dass die rechtsfehlerhafte Entscheidung der Parteiführung unter Herrn Gabriel zwei wesentliche Rechtsverletzungen an Grundrechten bzw. grundrechtsgleichen Rechten bedingt hat, die kausal für die eingetretenen negativen Folgen sind, die sich am

Ende zum Nachteil für die Partei in der zeitlichen und tatsächlichen, nicht von der Partei zu vertretenden Unmöglichkeit der Beteiligung und der Mitsprache am „neuen demokratischen Instrument der Koalitionsentscheidung“ und dem „Koalitionsvertrag an sich“ auswirkt.

Die oben dargelegten Gründe für die Rechtsverletzungen beruhen den Regelungsgehalt des Grundrechtes aus Art.3 Abs. 1 und 2 GG und auch den Regelungsgehalt des grundrechtsgleichen Rechtes aus Art.20 II GG i. V. m. Art.38 I GG.

Das in dieser Beschwerde entscheidende Gericht soll auf dieser Grundlage entscheiden, dass die beschwerdeführende Partei „Deutsche Nationalversammlung“ (DNV) an diesen Benachteiligungen weder beteiligt noch in irgendeiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden kann, die nachgewiesene Kausalität zwischen Ursache und Wirkung ausschliesslich der Sphäre der verfassungswidrig handelnden Parteien „SPD“ und „CDU“ und „CSU“ zugerechnet werden kann.

Den oben aufgeführten Anträgen entsprechend ersuchen wir als Beschwerdeführerin im Rahmen der Auflösung der noch anhaltenden Rechtsverletzungen, diese hinsichtlich ihrer Folgen dadurch zu kompensieren, dass durch das BVerfG

- a) eine Aufhebung des Koalitionsvertrages und
- b) ein Verbot eines Mitgliederentscheides in der vorstehend beschriebenen Weise mit dem Ziel von Neuwahlen ausgesprochen wird.

Zwei Kopien und diverse Anlagen anbei.

Berlin, den 10.12.2013

.....

Ferdinand Karnath, Bundesvorsitzender der DNV